Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 3

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE SCHWEIZERISCHE KONJUNKTURPOLITIK AM KREUZWEG?

Es ist wohl nicht übertrieben, wenn die Behauptung aufgestellt wird, dass die schweizerische Konjunkturpolitik nun an einem *Kreuzweg* angekommen ist, dass die wirtschaftspolitische Weichenstellung, die im Laufe der bevorstehenden Debatte vorgenommen werden muss, in ihrer Bedeutung mit jener in Richtung auf die Wirtschaftsartikel vergleichbar ist. Der Vorschlag einer Expertengruppe für einen neuen konjunkturellen Verfassungsartikel hat Ende März das Stadium des Vernehmlassungsverfahrens verlassen und tritt nun in eine Phase der «politischen Läuterung» ein, bevor er parlamentsreif wird.

Weshalb nimmt der Entwurf zu einem neuen Verfassungsartikel für die Konjunkturpolitik eine derart zentrale Stellung ein? Es sind vorwiegend zwei Gründe, die zur Untermauerung dieser These ins Feld geführt werden können. Einmal der nüchterne Tatbestand, dass die Geldentwertung in der unmittelbaren Vergangenheit einen Rhythmus eingeschlagen und behalten hat, der die Grundordnung einer Marktwirtschaft frontal angreift. Es steht nichts mehr und nichts weniger als die Erhaltung einer marktwirtschaftlichen Grundordnung, vor allem die Erhaltung der ihr adäquaten Eigentumsordnung, auf dem Spiel. Und die Befürchtung, dass es zu schweren Einbrüchen in die Eigentumsordnung und in das, was man eine ordnungskonforme Wirtschaftspolitik bezeichnen muss, kommen könnte, wenn es nicht gelingt, die Geldentwertung in tragbare Proportionen zu verweisen, ist für jene kaum mehr zweifelhaft, die die wirtschaftspolitische Szenerie in den vergangenen Jahren aufmerksam beobachtet haben. Es ist bisweilen mehr als erstaunlich, dass in der Turbulenz der in der Endphase eines ungenügend gebremsten Booms auftretenden Lohn- und Kostenschübe selbst von Unternehmern der Ruf nach Massnahmen zu vernehmen ist, die unter keinem marktwirtschaftlichen Titel mehr zu rechtfertigen sind; Preis- und Lohnstops würden einer Marktwirtschaft den Todesstoss versetzen. Daraus ist die Folgerung abzuleiten, dass dauernde Geldentwertung, die in ihrer Grössenordnung zudem noch stets leicht eskaliert, das Terrain für einen Interventionismus vorbereitet, der auch bei grosszügiger Interpretation des Erfordernisses der Marktkonformität nicht mehr als systemgerecht bezeichnet werden kann. Dies gilt es zu bedenken, wenn von Inflationsbekämpfung beziehungsweise von Konjunkturdämpfung die Rede ist.

Sodann aber muss weiter ins Licht gestellt werden, dass dann, wenn es nicht gelingen sollte, die Inflation in Schranken zu weisen, auch eine ganze Reihe von Postulaten, die zu erfüllen die Marktwirtschaft Anspruch erhebt, *unglaubhaft* werden, und zwar Postulate, die unmittelbar aus dem liberalen Gedankengut abzuleiten sind. Die Erhaltung, ja die Stärkung einer liberalen Grundordnung sollte ein Hauptanliegen all jener sein, die zugleich auch ein handfestes Interesse daran haben, die Marktwirtschaft nicht einem langsamen Degenerationsprozess aus-

zusetzen. Die Sozialpolitik lässt unmissverständlich erkennen, dass auch die Schweiz einen wirtschaftspolitischen Weg einzuschlagen beginnt, der zu den Gefilden eines sozialen Wohlfahrtsstaates führen könnte. Es geht hier nicht darum, die Sozialleistungen einer modernen Gesellschaft zu schmälern; es geht aber ganz entschieden um die Frage, ob die sozialpolitische *Konzeption* noch mit einer liberalen Grundhaltung vereinbar ist.

Zweitens darf nicht übersehen werden, dass die Schweiz seit Beginn der sechziger Jahre eine Phase des wirtschaftspolitischen Experimentierens hinter sich hat, die nur noch mit einem kaum mehr verantwortbaren Wohlwollen als Versuch zur Konjunkturdämpfung qualifiziert werden kann. Bei Lichte betrachtet trägt sie den Stempel eines Pragmatismus, der dafür verantwortlich gemacht werden muss, dass die Ergebnisse keineswegs überzeugend sind. Jede Politik, vor allem aber die Wirtschaftspolitik, kann ihre Rechtfertigung nur im *Erfolg* finden. Die Hauptgründe für das weitgehende Versagen der schweizerischen Konjunkturpolitik ist in ihrer Inkonsistenz und auch darin zu suchen, dass sie mit Verlässlichkeit zu spät kam, nämlich erst dann, wenn das Ereignis, das es eigentlich zu verhindern galt – der Durchbruch der Instabilität auf die Konsumentenpreise –, bereits entstanden war. Der «Trost», dass es andere Länder auch nicht besser gemacht hätten, vermag nur jene zu beruhigen, die sich daran gewöhnt haben, zuerst die hygienischen Verhältnisse im Nachbarhause zu betrachten, bevor sie jene im eigenen Hause untersuchen. Übrigens stimmt dieser Vergleich auch nur sehr bedingt.

So spricht denn alles dafür, dass nunmehr die Zeit gekommen ist, eine *ernsthafte Anstrengung* zur Verbesserung der helvetischen Wirtschaftspolitik zu unternehmen; sie muss in eine wesentlich besser durchdachte und in sich geschlossenere Systematik eingebettet werden. Ansatzpunkt dazu könnte der erwähnte Vorschlag zu einem neuen konjunkturellen Verfassungsartikel sein. Es wird sich in den kommenden Monaten weisen, inwieweit dieser Entwurf in den Mühlen der helvetischen Meinungsbildung zu Kleinholz zerrieben beziehungsweise inwieweit er zum Ausgangspunkt einer tatsächlichen Neubesinnung werden wird. Bisher sind zwei *kritische Schwerpunkte* erkennbar; einmal die Möglichkeit, dass der Bund nötigenfalls auch von der Handels- und Gewerbefreiheit soll *abweichen* können, und sodann der Vorschlag der Expertenkommission, dass der Bund in die Lage versetzt werden soll, mit steuerlichen Mitteln in den Konjunkturablauf einzugreifen.

Die erste Forderung der Experten, dass der Bund auch von der Handels- und Gewerbefreiheit soll abweichen können, ergibt sich aus der Einsicht, dass das von der Handels- und Gewerbefreiheit garantierte Freiheitsrecht mit wirtschaftspolitischen Massnahmen in Konflikt geraten kann, die von der Marktwirtschaft nicht nur als systemkonform akzeptiert, sondern die von ihr unter Umständen geradezu *gefordert* werden. Eine integrale Aufrechterhaltung der Handels- und Gewerbefreiheit könnte mithin eine marktkonforme Wirtschaftspolitik in einem Masse erschweren, die die Zielerreichung in Frage stellt. Die Handels- und Gewerbefreiheit stammt in ihrem ideologischen Gehalt aus der Zeit des klassischen Liberalismus, der heute als Orien-

tierungsgrösse für eine marktkonforme Wirtschaftspolitik keine Relevanz mehr hat. Sie sollte deshalb an die Ordnungsvorstellungen des Neoliberalismus angepasst werden, was bedeutet, dass der Bundesgesetzgeber unter bestimmten Voraussetzungen auch von ihr muss abweichen können.

Die Frage stellt sich in diesem Zusammenhange, ob die integrale Aufrechterhaltung der Handels- und Gewerbefreiheit *oder* eine marktkonforme Wirtschaftspolitik die Priorität haben soll. Die Antwort dürfte eigentlich nicht sehr schwer fallen, weil die Erhaltung der Handels- und Gewerbefreiheit auf dem Boden einer schwachen Wirtschaftspolitik, im Klima zunehmender Instabilität, ohnehin de facto nicht mehr garantiert werden kann. Daraus folgt, dass die Bevorzugung einer effektiveren Wirtschaftspolitik gleichzeitig auch der Erhaltung der Handels- und Gewerbefreiheit dient, einer Handels- und Gewerbefreiheit allerdings, die auf die Profile des neoliberalen Gedankengutes eingeschliffen ist. Dazu gehört u. a. auch eine wirksame Wettbewerbspolitik.

Und diese Konsequenz drängt sich um so mehr auf, als es sich beim kritisierten Passus des vorgeschlagenen Verfassungsartikels um eine *Norm* handelt, deren konkrete Ausgestaltung auf der Gesetzesstufe vorgenommen werden muss. Es ist auf der Gesetzesstufe zu bestimmen, *welche* Massnahmen tatsächlich vorzusehen sind, wobei erst noch vorgeschlagen wird, dass diese Massnahmen in *referendumspflichtige* Erlasse zu kleiden sind. Die konjunkturpolitisch relevante Gesetzgebung steht deshalb immer auch unter der Referendumsdrohung, weshalb es wohl kaum zutreffend ist, in diesem Zusammenhange von einer Blankovollmacht an den Bundesgesetzgeber zu sprechen.

Der zweite Schwerpunkt der Einwände, nämlich die neuen finanzpolitischen Möglichkeiten des Bundes, muss in seiner konjunkturpolitischen Konsequenz ebenfalls sehr sorgfältig bedacht werden. Unbestritten dürfte sein, dass die Finanzpolitik unabdingbarer Bestandteil einer jeden Konjunkturpolitik, die diesen Namen verdient, sein muss. Die Frage ist, welche Formen sie annehmen soll. Die Kritiker fordern rückzahlbare Konjunkturrücklagen, also nicht eine endgültige Abschöpfung von Liquiditäten, wie das für steuerliche Mittel zutreffen würde, sondern nur eine *vorübergehende Abschöpfung*. Es ist offensichtlich, dass rückzahlbare Konjunkturrücklagen konjunkturpolitisch als schwächer zu taxieren sind, weil sie die Liquiditäten der Wirtschaft weniger stark treffen können, weil sie insbesondere auch die Liquiditätsdispositionen in einer weniger radikalen Weise tangieren. Die Wahl der konjunkturpolitischen Mittel ist deshalb auch in diesem Falle am Wirkungs*verlust* zu messen, den sie der Konjunkturpolitik zufügen. Es ist sicherlich nicht sehr konsequent, ständig die Wirkungslosigkeit der Konjunkturpolitik zu beklagen, aber im konkreten Falle immer wieder für das schwächere Mittel zu optieren!

In jedem Falle ist zu hoffen, dass die nun wieder aktiver werdende Auseinandersetzung um die Konjunkturpolitik im Bewusstsein um den Einsatz geführt wird, der auf dem Spiele steht. Wirtschaftspolitisches Ungenügen war stets auch ein wirkungsvoller Vorwand für die Durchsetzung von radikalen Lösungen. Die schweizerische Wirtschaftspolitik darf sich neue Fehlleistungen kaum mehr leisten!

Willy Linder

NAHÖSTLICHES SPANNUNGSFELD

Ägyptischer Friedenswille

Der israelisch-arabische Konflikt straft das Bild vom Gordischen Knoten Lügen: Er kann nicht mit dem Schwert gelöst werden. Diese Erfahrung haben Israelis und Araber in den letzten fünfundzwanzig Jahren mehrmals gemacht. Die arabischen Staaten mussten zusehen, wie ihre zum Halali nach Tel Aviv aufgebrochenen Armeen zerschlagen wurden, der Judenstaat hat gelernt, dass ein militärischer Sieg noch keinen Frieden und keine Koexistenz bringt.

Auf arabischer Seite ist diese Erkenntnis allerdings relativ neu. Nach dem Sechstage-Krieg zitierten die Ägypter de Gaulles Satz aus dem Jahre 1940 von der verlorenen Schlacht, aber dem noch zu gewinnenden Krieg. Erst Nassers missglückter «Abnützungskrieg» brachte eine erste Wendung: Es ist viel zu wenig bekannt, dass die ägyptische Armee in jener Kampfphase grössere Verluste als im Juni-Krieg erlitt. Nassers Nachfolger, Anwar es-Sadat, zog die Lehren daraus. Obendrein musste er bald erkennen, dass die Schutzmacht Russland nicht gewillt ist, ein neues grosses Abenteuer, das sie mit den USA auf Kollisionskurs bringen könnte, zuzulassen.

Also versuchte es Sadat mit einer andern Taktik. Er begann von der Möglichkeit eines Friedensschlusses zu sprechen, allerdings in Verklausulierungen und Nuancierungen, deren Bedeutung in der westlichen Welt nicht ganz verstanden wurde. Wunschdenken bei den einen, Hypokrisie bei andern – plötzlich wurde das Bild vom friedliebenden Sadat überall projiziert. Doch die Israelis kennen den Unterschied zwischen Salam und Sulch. Eine «Sulcha», bei den Beduinen zum Beispiel, ist die zeremonielle Friedensfeier zur Beilegung einer Blutrache, nach welcher die Vergangenheit endgültig begraben ist und wieder ein friedliches und normales Verhältnis zwischen den beiden Familien, Clans oder Stämmen herrscht. «Salam» dagegen bedeutet lediglich das Fehlen von kriegerischen Handlungen, es verpflichtet jedoch nicht für die Zukunft; – Sadat benützte immer nur das Wort «Salam». Obendrein erklärte er, dass auch die «Rechte des palästinensischen Volkes wiederhergestellt werden müssten», was in der arabischen Sprachregelung nur eines heisst: Die Beseitigung Israels als unabhängiges Staatsgebilde. Zudem gibt es genügend Indizien dafür, dass verschiedene arabische Staatsmänner in einem israelischen Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten lediglich einen ersten Schritt auf dem Weg zur endgültigen Liquidierung Israels sehen.

Präsenz der Supermächte

Man darf nie ausser acht lassen, dass für die Araber Israel nicht eine Frage der Grenzen, sondern ein «prinzipielles Unrecht», das «Böse» schlechthin, darstellt – daher auch ihre Weigerung, mit Jerusalem zu verhandeln. Denn Gespräche würden ja – so lautet die Argumentation – bereits «Anerkennung» bedeuten. Die arabischen Staaten hofften, durch indirekten Druck auf Israel – über die Vereinten Nationen, den Sicherheitsrat und die USA – den Rückzug von Dayans Truppen zu erzwingen. Eine

Zeitlang sah es auch so aus, als ob Washington mitspielen würde; der Rogers-Plan war ein deutliches Anzeichen dafür. Doch Golda Meir blieb hart und hatte dabei einen unerwarteten Verbündeten: Auch die Sowjetunion missgönnte der amerikanischen Diplomatie einen Erfolg – etwa die «Teillösung» am Suezkanal – da dies automatisch Washington grösseres Prestige in Ägypten eingebracht hätte.

Sadats «Flirt» mit den Amerikanern, seine Bemühungen, aus der Umarmung des russischen Bären auch nur ein wenig herauszukommen, schreckten den Kreml auf. Die Sowjets hatten durch Nassers Tod ohnehin den archimedischen Punkt verloren, mit dem sie den Nahen Osten und auch Afrika aus den Angeln heben wollten, ihre Beziehungen zu Algerien und Libyen sind kühl. Jetzt gehen sie daran, gewissermassen John Foster Dulles' «Grand design» des Jahres 1955, den Bagdadpakt, mit umgekehrten Vorzeichen aufzubauen. Damals suchten die Amerikaner den «Northern Tier» gegen Russland zu schaffen, den militärischen «Cordon Sanitaire» von der Türkei, über Irak, Iran bis nach Pakistan. Podgornys Besuch in Bagdad, im April, die Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes, analog den Abkommen, die zwischen Ägypten und Indien mit der Sowjetunion bestehen, die Erwärmung der Beziehungen zur Türkei, welcher der russische Staatschef anschliessend einen Besuch abstattete, all das deutet darauf hin, dass die Sowjets jetzt an ihrer Südgrenze jene Positionen als Glacis aufbauen wollen, die der glücklose Dulles als Eindämmungswall vorgesehen hatte. Damit ist auch wieder eine Konstante der Orient-Politik, die während Jahren durch Nassers Panarabismus in den Hintergrund gerückt war, manifest geworden: Die traditionelle Rivalität zwischen Kairo und Bagdad.

Es ist klar, dass unter diesen Umständen der UDSSR der jetzige Zustand im Nahen Osten nicht ganz unlieb ist. Ja, man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen: allen Beteiligten scheinen die festgefahrenen Fronten immer noch das kleinere Übel zu andern Alternativen. Die Araber begnügen sich mit dem Status quo, weil sie zu Verhandlungen mit Israel noch nicht bereit sind. Sie wissen ganz genau, dass sich Jerusalem nicht mit Palliativ-Lösungen, Garantien der UNO oder der Grossmächte zufriedengeben wird, sondern «sichere und anerkannte» Grenzen will sowie gewisse strategische Vorteile (Golan-Höhen, Scharm-el-Scheik), welche erneute Versuchungen der Araber, einen Krieg anzufangen, gar nicht erst aufkommen lassen.

Israel zwischen Strategie und Nationalismus

Wenn schon kein echter Friede, dann lieber die augenblicklichen, vom militärischen Standpunkt aus idealen Waffenstillstandslinien, argumentieren die Israelis. Allerdings muss beigefügt werden, dass je länger der jetzige Zustand andauert, desto mehr sich in Israel Tendenzen bemerkbar machen, die nicht mehr auf rein strategischen Überlegungen beruhen. Es zeichnet sich ein Schulterschluss zwischen der rechtsextremen Gachal-Partei von Menachem Begin und der religiös-nationalen Misrachi ab. Die «historischen Rechte» auf «Gross-Israel» des einen finden ihr Pendant in «göttlichen Verheissungen» bei den andern. Diese nationalistisch-

religiöse Radikalisierung, deren Auswirkungen noch nicht abzusehen sind, könnte schwerwiegende Folgen zeitigen, ja sogar das Werk von Mosche Dayan in Zisjordanien wieder zunichte machen. Es war der – von einer gewissen Linken als «faschistoid» verschriene – General, dem Israel die kühne Politik der offenen Grenzen und Brücken zu verdanken hat, welche zu einer erstmaligen De-facto-Koexistenz von Juden und Arabern geführt hat. Man vergleiche die heutige Situation in Zisjordanien mit den Unkenrufen vor fünf Jahren, als viele sogenannte Nahost-Spezialisten den Israelis dieselben Schwierigkeiten voraussagten, die Frankreich in Algerien hatte.

Dasselbe gilt übrigens für Jerusalem, wo der liberale und fähige Bürgermeister Teddy Kollek sich immer stärkeren Angriffen der nationalistischen und religiösen Parteien erwehren muss, die ihm «Araberfreundlichkeit» vorwerfen. Man wagt sich kaum auszudenken, wie das Schicksal des «wiedervereinigten» Jerusalems in den letzten fünf Jahren ausgesehen hätte, wenn – und das hing lediglich von wenigen Stimmen im Stadtparlament ab – ein Bürgermeister religiöser oder nationalistischer Couleur am Ruder gewesen wäre...

Allerdings ist es sehr wohl möglich, dass, falls sich reale Friedenshoffnungen zeigen, die gemässigtere «schweigende Mehrheit» wieder an Einfluss gewinnt, die sogenannten «Tauben».

Innerarabische Bruchstellen

Dasselbe Denken wie auf der zwischenstaatlichen Ebene und unter den Grossmächten findet sich auch bei den Palästinensern. Das Prestige der «Befreiungsorganisationen» ist auf einem Tiefpunkt, und die Wahlen in Zisjordanien, die allen Versuchen Yassir Arafats zum Trotz reibungslos vonstatten gingen, zeigen, dass die Araber in den besetzten Gebieten eine politisch zwar unbefriedigende, wirtschaftlich jedoch höchst vorteilhafte Gegenwart grossprecherischen Verlockungen vorziehen. Die unter sich zerstrittenen Fedayin besitzen ja ebenfalls kein realistisches Programm. Hussein von Jordanien scheint sich ins transjordanische Schneckenhaus zurückzuziehen. Im allgemeinen Wirbel der Ablehnung seines «Föderationsplanes» ist ein wichtiger Aspekt völlig untergegangen: Das Autonomieversprechen an die Zisjordanier im Rahmen der Föderation heisst ja im Klartext nichts anderes, als dass der König die Palästinenser ihrem Schicksal überlässt.

Natürlich ist es möglich, dass sich auf der arabischen Seite die Frustration über die festgefahrene Lage in einem begrenzten militärischen Abenteuer Luft macht, um so – etwa im Zusammenhang mit Nixons Moskaubesuch – die Grossmächte zu veranlassen, gemeinsam dem Nahen Osten ein Diktat aufzuzwingen.

Wahrscheinlicher ist jedoch, dass noch auf lange Zeit hinaus die israelisch-arabischen Waffenstillstandslinien das Stabilste in dieser Region bleiben, während innerarabische Zwiste und der Kampf der Supermächte um Einflusssphären weiterhin den Orient in Bewegung halten werden.

Willy Guggenheim

DIE HINTERGRÜNDE DER KRISE IN NORDIRLAND

Blick in die Geschichte

Seit einiger Zeit überstürzen sich die Ereignisse in Nordirland. Es erscheint daher kaum angebracht, hier eine Analyse des gegenwärtigen Standes der Krise vorzulegen, wäre doch ein derartiger Beitrag, kaum gedruckt, durch die neueste Entwicklung schon wieder überholt. Statt dessen möchte ich versuchen, einige entscheidende Voraussetzungen für das heutige Geschehen aufzuzeigen und die ganze Problematik in den geschichtlichen Rahmen einzuordnen. Es soll dies dem Leser ermöglichen, die Bedeutung der leidenschaftlichen Auseinandersetzung in der vom Unglück verfolgten Provinz zu ermessen.

Auf die Frage, wer eigentlich die Voraussetzungen für die verhängnisvolle Entwicklung schuf, würden viele halbwegs unterrichtete Zeitgenossen wohl auf Sir Edward Carson und seine Unionisten hinweisen. Sie waren es nämlich, die das protestantische Ulster zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum bewaffneten Widerstand gegen die Home Rule-Politik Londons aufriefen. Andere wiederum würden die Rolle von David Lloyd George und Winston Churchill erwähnen. Beide Politiker gaben nach dem Ersten Weltkrieg der verbreiteten Meinung Ausdruck, zwischen dem nördlichen und dem grösseren südlichen Teil Irlands bestünden fundamentale und nicht zu überbrückende Unterschiede. Manche historisch interessierte Leute würden vielleicht den Ablauf der Dinge bis ins mittlere und spätere 17. Jahrhundert zurückverfolgen, das heisst bis zu den kriegerischen Unternehmungen oder Unterdrückungsmassnahmen Cromwells, Jakobs II. und Wilhelms III.

Die Suche nach der eigentlichen Schlüsselfigur führt uns allerdings noch weiter zurück, und zwar zu Julius Caesar. Dabei handelt es sich freilich nicht um den Römer, sondern um den im Jahre 1606 von Jakob I. zum Schatzkanzler berufenen Sir Julius Caesar. Offenbar war Sir Julius ein tüchtiger und geistreicher Jurist, stieg er doch, nachdem der schottische König Jakob VI. 1603 als Jakob I. die englische Thronfolge angetreten hatte, ziemlich schnell die gesellschaftliche und politische Stufenleiter empor. Im gleichen Jahr schon wurde er in den Ritterstand erhoben, und von 1606 an wirkte er als Schatzkanzler. Wenn dieses Regierungsamt damals auch eher von zweitrangiger Bedeutung war, so lässt sich daraus doch schliessen, dass Jakob I. grosse Hoffnungen auf die Fähigkeit von Sir Julius setzte, Geld aufzutreiben.

Sir Julius Caesar rechtfertigte das ihm entgegengebrachte Vertrauen vollauf. Unverzüglich erfand er eine der einfachsten und einträglichsten Geldbeschaffungsmethoden aller Zeiten, nämlich die Verleihung der Baronetswürde. Jedermann, der den Wunsch verspürte, in der gesellschaftlichen Hierarchie aufzusteigen, konnte gegen Bezahlung einer beträchtlichen Geldsumme zum Baronet werden und für sich und seine Frau die Höflichkeitstitel «Sir» und «Lady» erwerben. Würde und Titel blieben innerhalb der Familie erblich. Wahrscheinlich haben die meisten Engländer in ihrer Schulzeit einmal von diesem eigenartigen Verfahren gehört. Die

allerwenigsten wissen aber wohl, wofür Sir Julius das Geld brauchte. Er finanzierte damit die militärische Besiedelung Irlands.

Voraussetzungen des konfessionellen Zwists

Irland blieb im 16. Jahrhundert von der Reformation fast unberührt. Die weitläufige, dünn besiedelte, arme und durchwegs landwirtschaftlich orientierte Insel liess der anglikanischen Kirche eine Bekehrungsarbeit als eine allzu mühselige und wenig erfolgversprechende Sache erscheinen. Heinrich VIII. löste zwar, wie zuvor in England, die Klöster auf, zog ihre Güter ein und versuchte, sich zum Herrn der irischen Kirche zu machen. Elisabeth I. setzte die Politik ihres Vaters fort. Allen königlichen Bemühungen zum Trotz blieben die Iren aber beinahe ausnahmslos katholisch, und der alte rassenmässige und politische Gegensatz zu England wurde noch durch den konfessionellen Antagonismus verschärft. Alle Monarchen aus dem Hause Tudor mussten auf der Insel militärische Expeditionen unternehmen, um zu verhindern, dass ihre irischen Untertanen mit den katholischen Feinden Englands auf dem europäischen Kontinent gemeinsame Sache machten. Der erste Stuart, Jakob I., versicherte sich der Hilfe von Sir Julius Caesar, um eine nach seiner Ansicht besonders wirksame Massnahme in die Wege zu leiten: Die grüne Insel sollte dauernd von zuverlässigen Schotten besiedelt werden; eine neue, zahlenmässig ins Gewicht fallende protestantische Bevölkerungsgruppe sollte dem König helfen, die potentiell immer aufrührerischen Iren unter seiner Botmässigkeit zu halten. Damit waren die Weichen für die Kolonisierung Nordirlands durch die presbyterianischen Clans aus dem schottischen Tiefland und aus dem Hochland gestellt.

Vorerst bestand die Absicht, die Einwanderung so lange andauern zu lassen, bis das ganze Land unter der wirksamen Kontrolle der Neuankömmlinge stehen würde. Diese aber – bis zum letzten Mann schlaue und auf ihren eigenen Vorteil bedachte Schotten – fühlten sich vor allem durch die besseren wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gegend von Belfast angezogen. Als nach einiger Zeit andere und dringendere Angelegenheiten die Aufmerksamkeit des englischen Königs voll beanspruchten, wies erst das genannte Gebiet eine grössere Schicht von Neusiedlern auf. Nicht ganz zufälligerweise zeichneten sie sich durch einen ausgesprochen bibeltreuen Puritanismus aus, machte sich doch schon in der Regierungszeit der ersten Stuart-Könige sogar in Schottland eine gewisse Reaktion gegen den religiösen Extremismus protestantischer Provenienz geltend. Hier lebten sie denn – eine Kolonie tüchtiger und erfolgreicher Schotten, etwas bigott in ihrem Hass gegen Rom, etwas bange vor der wilden irischen Bevölkerung im Süden, etwas misstrauisch gegenüber der gemässigteren Religionspolitik Londons. Zu den Familien mit typisch schottischen Namen gehörten schon damals die Craigs, die Faulkners und die Paisleys.

Bereits bei den ersten Stuarts machte sich ein unverkennbarer Hang zum Absolutismus bemerkbar. Namentlich Karl I. versuchte, den Einfluss des Parlaments zu beschränken und zeigte, zum Missvergnügen der damals in England sehr einflussreichen Puritaner, katholi-

sierende Tendenzen. Dies führte, nebst anderen Umständen, 1642 zum Ausbruch des Bürgerkrieges. Kein Wunder, dass die Schotten in Nordirland mit Cromwell gemeinsame Sache machten, während die Iren dem König nur laue und gelegentliche Unterstützung angedeihen liessen. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts scheiterte auch der letzte Versuch Jakobs II., durch einen erfolgreichen Krieg in Irland die Rückkehr auf den englischen Thron zu bewerkstelligen. Wilhelm von Oranien, als Wilhelm III. vom Parlament kurz zuvor zum neuen protestantischen König von England erkoren, besiegelte seine Thronbesteigung mit der Entsetzung des bedrängten Londonderry und der blutigen Schlacht am Flusse Boyne im Jahre 1690. Die Mitglieder der gut hundert Jahre später gegründeten «Orange Society» gedenken noch heute alljährlich der Wiederkehr dieser entscheidenden Tage.

Soziale Kluft

Im 18. und frühen 19. Jahrhundert erfasste der Siegeszug der industriellen Revolution die Textilherstellung. Die neuen Möglichkeiten kamen ausschliesslich den Protestanten Nordirlands zugute, und ihr Wohlstand wuchs. Bis zur Jahrhundertmitte nahm die Bevölkerung, aber auch die Armut der alteingesessenen Iren im Süden zu. Diese hing fast völlig von der Kartoffelernte ab. Missjahre, insbesondere die Kartoffelfäule von 1845, führten zu verheerenden Hungersnöten, Bevölkerungsrückgang und Auswanderungswellen. Die englischen Whigs und ihre Nachfolger, die Liberale Partei, waren gesonnen, den irischen Katholiken auf allen Ebenen mehr Regierungsverantwortung zu übertragen und mehr Iren wieder die Möglichkeit zu geben, Land zu besitzen. Aber Reformen dieser Art erschienen bereits als zu wenig umfangreich und verspätet. Zu einer Zeit, da sich überall in Europa das Verlangen nach nationaler Selbständigkeit geltend machte, glaubten auch die Iren, einen Anspruch auf Autonomie zu haben. Der von irischen Emigranten in den USA errichtete Geheimbund der Fenians – eine Terroristenorganisation, die später nur allzu viele gelehrige Nachahmer gefunden hat – entfesselte in den sechziger Jahren in Irland und in England einen Feldzug von Bombenanschlägen und Mordüberfällen. Unter dem Eindruck solcher Ereignisse setzte sich selbst in den Reihen der konservativen Führung Englands die Einsicht durch, dass die verfassungsmässige Stellung Irlands neu überprüft werden müsse.

Die «Home Rule Bill»: verpasste Chance

Es war dann allerdings der grosse Liberale Gladstone, der, 1886 von Königin Viktoria zum drittenmal mit der Regierungsbildung beauftragt, verkündete: «Es ist meine Mission, Irland zu befrieden.» Seine dem Parlament unterbreitete Home Rule Bill sollte ganz Irland ein grosses Mass von Autonomie und ein eigenes Parlament bringen. Die Protestanten Nordirlands bekämpften die Vorlage entschieden, wollten sie sich doch nicht an ein gesamtirisches und damit überwiegend katholisches Parlament ausliefern lassen. Entscheidend fiel freilich ins Gewicht, dass Gladstones Plan sogar in den liberalen Reihen auf Widerstand stiess. Vor allem

verübelte es Joseph Chamberlain, der Führer des radikalen Parteiflügels, dem Premier, dass er seine ganze Tatkraft der Beilegung der irischen Krise zuwandte und die Lösung aller durch die Industrialisierung in England hervorgerufenen Probleme hintanstellte. Chamberlain und seine «Liberal Unionists» sagten sich daher von Gladstone los, und die Home Rule Bill erlitt im Parlament Schiffbruch. Nach einer Amtszeit von weniger als einem halben Jahr sah sich Gladstone deswegen zur Ausschreibung von Neuwahlen veranlasst, die er verlor. Chamberlain und seine Gefolgschaft schlossen sich, nach kurzem Verweilen im politischen Niemandsland, den Konservativen an. Diese schmücken sich seither immer auch mit der unionistischen Etikette. Bezeichnenderweise bedient sich die Partei in Schottland ausschliesslich dieses Namens.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts genügten Gladstones frühere Reformvorstellungen nicht mehr, um die irischen Nationalisten zufriedenzustellen. Dennoch vereitelten die Unionisten in England, Schottland und Nordirland nach wie vor alle Ansätze zu weiterreichenden Reformen. 1912 legte die liberale Regierung Asquith schliesslich eine neue Home Rule Bill vor. Danach hätte Irland, wie schon früher vorgesehen, ein eigenes Parlament erhalten sollen. Überdies fasste Asquith die Bildung regionaler Parlamente für England, Wales und Schottland ins Auge, während das Parlament von Westminster für die Belange des gesamten Königreiches zuständig gewesen wäre. Der Vorstoss der Regierung löste in Ulster einen Sturm der Entrüstung gegen London und gegen Südirland aus. Hatte seinerzeit Lord Randolph Churchill, der Vater Sir Winston Churchills, das Schlagwort geprägt «Ulster will fight and Ulster will be right» (Ulster wird kämpfen und Ulster wird recht behalten), so zog jetzt Sir Edward Carson mit dem zündenden Schlachtruf «Home Rule is Rome Rule» gegen die offizielle Regierungspolitik zu Felde und ermunterte die nordirischen Protestanten zu Waffenschmuggel und gewaltsamem Widerstand. Die Behauptung, mit der Gladstoneschen Home Rule Bill hätten Jahrhunderte des Hasses zwischen dem Norden und dem Süden, zwischen Protestanten und Katholiken, zum Vergessen gebracht werden können, kommt vielleicht blossem Wunschdenken gleich. Keinem Zweifel unterliegt es aber, dass Asquith eine allseits tragbare Kompromisslösung hätte verwirklichen können, wenn nicht Carson und seine Unionisten aus rein parteitaktischen Überlegungen die Gemüter in Ulster fanatisiert hätten. So sah sich die Regierung in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt, Protestanten und Katholiken bekämpften sich in Irland erbittert, und die Armee konnte oder wollte der Bürgerkriegssituation nicht Herr werden. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die Inkraftsetzung der vom Unterhaus bereits angenommenen Home Rule Bill vertagt.

Teilung der Insel, doch kein Friede

Nach dem Ersten Weltkrieg unternahmen Regierung und Parlament nochmals einen Anlauf, einem vereinigten Irland die Unabhängigkeit zu verleihen. Dies führte aber 1920/21 zu neuen blutigen Unruhen, und schliesslich musste sich die britische Regierung mit der Tat-

sache abfinden, dass sich die beiden irischen Nationen noch gleich unversöhnlich gegenüberstanden, wie stets im Verlauf der vergangenen dreihundert Jahre. Nur eine Teilung der Insel schien eine Lösung des Problems zu bringen. Die sechs Grafschaften im Norden wurden nunmehr vom grösseren südlichen Teil der Insel getrennt, erhielten ein eigenes Parlament und eine eigene Regierung mit Sitz in Stormont nahe bei Belfast und blieben Bestandteil des Vereinigten Königreiches. Der Irische Freistaat im Süden verblieb nicht, wie anfangs vorgesehen, als selbständiges Dominion Mitglied des britischen Weltreiches, sondern konstituierte sich im Lauf der nächsten Jahre zur vollkommen unabhängigen Republik Eire und verzichtete auch auf die Mitgliedschaft im Commonwealth.

Kaum war die Teilung der Insel vollzogen, als konfessionelle Unterschiede in der europäischen Politik ohnehin an Bedeutung verloren. Damit hätte sich vielleicht auch die traurige Geschichte zweier stolzer, aber offenbar unversöhnlicher Nationen zum bessern wenden können. Die unionistische Regierung in Belfast verfolgte aber gegenüber der katholischen Bevölkerungsminderheit Nordirlands eine diskriminierende Politik, nicht unähnlich der «Apartheid». Trotz – oder vielleicht gerade wegen – ihres steigenden Bevölkerungsanteils wurden die Katholiken aus den besseren Arbeitsplätzen verdrängt, wurden katholische Bewerber um staatlich finanzierte Wohnungen zuunterst auf die Wartelisten gesetzt und blieb Katholiken der Zugang zu öffentlichen Ämtern praktisch verschlossen. Die regierende Partei befand sich während vierzig Jahren im alleinigen Besitz der politischen Macht, verfügte sie doch dank der Bevölkerungsstruktur und dem Wahlverfahren über eine sichere Mehrheit im Parlament von Stormont. Auch war die konservative Fraktion im Parlament von Westminster nur zu gern bereit, sich auf die automatische Unterstützung der zwölf unionistischen Abgeordneten von Ulster zu verlassen.

Barrikaden und Lösungsversuche

Erst 1968 rief die Bürgerrechtsbewegung die Katholiken Nordirlands wieder auf die Barrikaden, beunruhigte die protestantische Regierung von Stormont und veranlasste Pfarrer Ian Paisley und seine fundamentalistischen Glaubensgenossen zu einer Hexenjagd auf die «Papisten». Viele Leute erinnern sich heute schon nicht mehr daran, dass die Regierung von Westminster Einheiten der britischen Armee nach Ulster verlegte, um die verhasste Royal Ulster Constabulary und die berüchtigten «Specials» zu ersetzen. Beide Verbände bestanden nämlich ausschliesslich aus Protestanten, und die Katholiken begrüssten deshalb die Ankunft der britischen Truppen. Die damalige Labour-Regierung in London legte den sich im Amt ablösenden extremistischen Premierministern von Stormont nahe, ein minimales Reformprogramm durchzuführen und die katholische Minderheit an der Regierungsverantwortung teilhaben zu lassen. Alle Hoffnungen aber, der konfessionelle Streit lasse sich soweit beilegen, dass er politisch nicht mehr ins Gewicht fallen würde, blieben unerfüllt. Daher nahm die Zahl jener Katholiken, die ihr ganzes Sinnen und Trachten auf eine Vereinigung Nordirlands mit der Republik Eire setzten, unaufhaltsam zu. Vor

einer solchen Radikallösung sind jedoch bisher alle Regierungen zurückgeschreckt.

Dank dem Verhältniswahlsystem decken sich heute in der Republik Eire die parteipolitischen nicht mehr mit den konfessionellen Grenzen. Jeder Regierung gehören nebst Katholiken auch Vertreter der protestantischen Minderheit an. In der Schweiz ist es, wie ein politischer Kommentator aus Ulster kürzlich darlegte, «erst einige Jahrzehnte her, dass der Streit zwischen Katholiken und Protestanten zu Wahlunruhen und zum Verlust von Menschenleben führte. Heute stellt die Schweiz ein in der Welt führendes Beispiel dafür dar, wie Menschen von unterschiedlicher religiöser oder sprachlicher Zugehörigkeit in Harmonie miteinander leben können. Die Schweizer Antwort auf das Problem bestand darin, die proportionale Vertretung auch auf Regierungsebene durchzuführen. Es wäre in höchstem Masse wünschenswert, dass dieses Beispiel auch in Nordirland Schule machen würde». Tatsächlich bestand ursprünglich auch die Absicht, das Verhältniswahlsystem für die Bestellung des nordirischen Parlaments von Stormont anzuwenden. Man liess den Plan aber fallen, als die unionistische Mehrheit erkannte, dass damit ihre stärksten Waffen – religiöse Intoleranz und Angst vor dem Süden – wirkungslos werden müssten. Kann es angesichts dieses Sachverhalts noch erstaunen, dass sich die im Norden wie im Süden verbotene IRA die Situation in Ulster zunutze machte und nun ihrerseits mit der Angst und Verdrossenheit der katholischen Minorität ihr übles Spiel treibt? Oder dass diese Organisation, unter zynischer Geringschätzung des menschlichen Lebens, die Katholiken als Schutzschild für ihre eigenen Anliegen und politischen Machenschaften diesseits und jenseits der Grenze missbraucht?

Status quo: überwiegt die Versöhnungsbereitschaft?

Seitdem die britische Regierung, wenn auch reichlich spät, die volle Regierungsverantwortung in Nordirland übernommen und einen Minister für diese Provinz ernannt hat, scheint nun doch ein Hoffnungsschimmer aufzuleuchten. Auf protestantischer Seite dürften zwar die beiden streitbaren Abkömmlinge des Unionismus – Craigs «Vanguard Movement» und Pfarrer Paisleys «Democratic Unionists» – nach wie vor versuchen, die Unruhe zu schüren und alle Massnahmen der Regierung zu torpedieren, und auf katholischer Seite werden sich die beiden Flügel der IRA wahrscheinlich geloben, keine Entspannung eintreten zu lassen, ehe Ulster Teil einer vereinigten irischen Republik ist. Endlich aber scheint sich ein mittlerer Weg zwischen den beiden Extremen abzuzeichnen. So hat die neue Alliance Party, die in der Versöhnung der zwei feindlichen Religionsgemeinschaften ihr Hauptanliegen sieht und zu der Mitglieder von beiden Seiten stossen, zusammen mit der Liberalen Partei Ulsters die Entsendung des von Premierminister Heath ernannten Nordirlandministers Whitelaw begrüsst. Beide versöhnungswilligen Gruppierungen erfreuen sich wachsender Unterstützung, überzeugt das andauernde Blutvergiessen doch immer mehr Leute davon, dass den religiösen Fehden im Stile des 17. Jahrhunderts ein Ende bereitet werden muss.

Es bedeutet eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet ein konservativer Premierminister den politischen Mut aufgebracht hat, den unionistischen Stier bei den Hörnern zu packen. Edward Heath hat nämlich erkannt, dass die Extremisten von Stormont wohl niemals bereit sind, Nordirland ins 20. Jahrhundert zu führen. Als nächstes wird sich die Regierung wohl eingestehen, dass es nicht Sache der britischen Armee ist – und es liegt bestimmt nicht in deren eigenem Interesse –, weiterhin als Leibwächter eines bankrotten politischen Systems zu fungieren. Aus der irischen Geschichte der vergangenen vier Jahrhunderte könnte man schliessen, die Kluft zwischen dem Norden und dem Süden sei für alle Zukunft unüberbrückbar. Die geographischen Gegebenheiten der Insel sind hingegen noch viel älter, und sie dürften wohl diese pessimistische Betrachtungsweise Lügen strafen. Gewiss ist es auch Premierminister Heath nicht entgangen, dass beide Teile Irlands vom 1. Januar 1973 an der erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angehören werden.

Paul Tyler

KOMÖDIEN VON DER FRAUENHERRSCHAFT

Bei *Aristophanes*, dessen Komödie «*Die Frauenvolksversammlung*» im *Theater am Neumarkt* aufgeführt wird, ist das Thema völlig klar: die abgewirtschaftete athenische Demokratie macht einen letzten Versuch mit dem Matriarchat und der Gütergemeinschaft. Die Frauen reissen die verfassungsmässigen Rechte der Männer durch Handstreich am frühen Morgen an sich. Das Thema der Komödie «*Die Hebamme*», die *Rolf Hochhuth* seinen zeitgeschichtlichen Monsterdramen nachschickt und die soeben auf mehreren deutschen Bühnen und auch im *Schauspielhaus Zürich* uraufgeführt wurde, ist eigentlich das Elend der Obdachlosen in der Wohlstandsgesellschaft. Abgeholfen wird ihm auf Hochhuths Bühne, indem eine resolute Gemeindeschwester, Hebamme und CDU-Stadträtin, die politischen Instanzen durch List, Entschlossenheit, Rentenbetrug und Brandstiftung an die Wand spielt. Der Männerstaat ist ein Vorschriftenstaat; die Hebamme erklärt: «Ein Leben unter deutschen Vorschriften-Erlassern hat mich gelehrt, dass sehr oft Gesetze brechen muss, wer in diesem Lande dem Rechte zu seinem Recht verhelfen will.» Auch bei Hochhuth wird vorausgesetzt, die Parteiendemokratie sei hoffnungslos auf den Hund gekommen, ihre Repräsentanten samt und sonders korrupt, auf die eigene Tasche und aufs Image mehr bedacht als auf die tatsächliche Lösung öffentlicher Aufgaben. Es bedarf einer Oberschwester und diplomierten Hebamme, um den Slum-Bewohnern eine menschenwürdige Behausung zu sichern. Frauenregiment also auch da als Rettung des dahinsiechenden Gemeinwesens!

Die «Frauenvolksversammlung», des Aristophanes letzte der überlieferten Komödien, ist 392 vor Christus zum

erstenmal aufgeführt worden. Man weiss nicht, wie das Athener Publikum darauf reagierte. Aber dass das Stück anlässlich der jüngsten Premiere im Zürcher Theater am Neumarkt – nahezu zweieinhalbtausend Jahre nach der Uraufführung – einen soliden Theatererfolg einbrachte, ist unbestritten. Und zwar stützt er sich nicht etwa auf gelehrte Spezialisten, nicht auf Altphilologen und Kulturbeflissene, sondern auf ein junges, lebendiges und unbefangenes Publikum von heute. Man spielt einen Griechen und erlebt die Gegenwart des Theaters.

«Die Hebamme» dagegen ist – obgleich in dieser mühsamen Komödie Vorfälle und Zustände aus unseren Tagen aufgegriffen werden – kaum lebensfähig. Die Uraufführung gleicht einer Nottaufe. Man wird das Stück bald wieder vergessen. Namen wie Zacharias Werner, ja Schwankautoren wie Arnold und Bach kommen einem in den Sinn, wenn man vor Hochhuths rührendem Hebammenporträt sitzt und den Scherzchen zuhört, in denen seine Szenen gipfeln. Der zitierte Satz über die deutschen Vorschriften-Erlasser und das Recht ist ein typisches Beispiel für die umständliche, papierene Sprache, in der sich bei Hochhuth selbst die Person ausdrückt, die Vitalität und Herzlichkeit, Zivilcourage und Güte verkörpern müsste. Solange Hochhuth Tragödien schrieb, Auseinandersetzungen mit dominierenden Figuren der Zeitgeschichte, konnten Einwände gegen sprachliche, formale oder künstlerische Mängel damit abgetan werden, dass es hier ja um etwas anderes gehe. Mit einem Manne, der leidenschaftlich Missstände aufdeckt und vertuschte Fehlentscheidungen der Mächtigen ans Licht zerrt, um den Menschen die Augen zu öffnen, wird man nicht über die ästhetischen Qualitäten seines Tuns rechten wollen. In seinen früheren Stücken ging es um Fakten, allenfalls um die Frage, ob er sie richtig deute und ob die Schlüsse, die er aus seinen Interpretationen ziehe, vor der Geschichte Bestand hätten. Jetzt, da er sein Glück nicht mit historischen Fotografien, sondern mit erfundenen Figuren versucht hat, treten die dilettantischen Züge schärfer hervor. Die Komödie ist schliesslich eine Kunstform. Es kommt weniger darauf an, ob das statistische Material richtig sei, das Hochhuth auch hier den Figuren in Sprechblasen vor den Mund hängt. Wichtiger wäre, dass diese Figuren rund und voll erscheinen, dass sie Leben gewinnen aus der Sprache und aus den Situationen. Das ist überhaupt nicht der Fall, und wenn nicht zum Teil ganz hervorragende Schauspieler vor den Kartonpuppen stünden, wäre das Debakel offenkundig. So hat man wenigstens einen Abend lang das Gefühl, in Grosspapas Theater zu sitzen.

Da geht es in der «Frauenvolksversammlung» lebendiger und gegenwärtiger zu. Aber, so sagt man jetzt vielleicht, da wurde doch eine jener sattsam bekannten Bearbeitungen gespielt, eine adaptierte Fassung der Komödie, die den Stoff so zurechtbiegt, dass das Ganze wie ein hochmodernes Theaterstück aussieht. Frauenbefreiung und Übernahme der Macht im Staat durch die Frauen, Kommunismus, völlige sexuelle Freiheit, Verwandlung der Polis in eine Grosskommune: es sei ja mit Händen zu greifen, wie hier à tout prix Aktualität herausgeschunden werde. Eben nicht! Alles das gibt es bei Aristophanes, zum mindesten der Sache nach. In der Bezeichnung hat

Claus Bremer als Übersetzer nachgeholfen, wie er denn bemüht war, Aristophanes in die Sprache unserer Zeit hinüberzuführen. Er sagt nicht: «Was wir beschliessen, wär's auch dumm und toll, / Es muss zuletzt uns doch zum Heil gedeih'n.» So liest man's in Ludwig Seegers Übersetzung. Bei Bremer heisst der Satz: «Auch die dümmste Politik bringt die Geschichte weiter.» Nüchterner und sachlicher ist diese Fassung schon, aber sowohl im Ablauf der Szenen als auch in der sinngemässen Umsetzung des Textes dem Original weitgehend treu. Nur die chorischen Zwischenspiele und ein paar aus der Situation zwanglos entspringende Zwischenbemerkungen, vor allem das komödiengerechte direkte Spiel mit den Zuschauern, sind Zusätze. Man muss sich fragen, ob Claus Bremer und Rolf Becker, die für die neue Bühnenfassung gemeinsam zeichnen, im zweiten Teil nicht entschlossener hätten eingreifen sollen. Was überliefert ist, scheint hier skizzenhaft, kaum ganz ausgeführt, eine Nebeneinanderstellung szenischer Einfälle. Es wäre gut gewesen, etwas vom komödiantischen Geist des grossen Anfangs da hinüberzuretten. Auch die Inszenierung flacht nach der Pause ab. Sie sei – laut Programmheft – «in allen Phasen von den Beteiligten gemeinsam erarbeitet worden», was – wie ich beifügen möchte – im Theater eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müsste. *Horst Zankl* zeichnet immerhin als Regisseur, *Ambrosius Humm* als Erbauer der Bühne. Das Neumarkt-Theater ist diesmal nämlich in ein Raumtheater verwandelt. Die Zuschauer sitzen auf Tribünen um einen quadratischen Kasten, der mit hellgelbem Sand gefüllt ist: die Spielfläche. Die Auftritte erfolgen durch die Reihen. Alle Voraussetzungen sind gegeben, dass zwischen Schauspielern und Theaterbesuchern ein Spiel zustandekommt; die Zuschauer lassen sich um so bereitwilliger beim Ohr nehmen, als auch die Spieler selbstkritisch werden. Man kann an diesem Abend eine Erfahrung machen, die selten geworden ist. Es ist die Erfahrung des Humors. In der Disposition, in die er uns versetzt, sind wir offen für das Gespräch. Die Gleichgültigkeit der Bürger gegenüber den Angelegenheiten des Staates, ihr Eigennutz und ihre üble Gewohnheit, Politik als Geschäft zu betreiben, sind leider Tatbestände, die auch nach zweieinhalbtausend Jahren noch nicht überwunden sind. Überwindet sie der Beschluss der Frauen, Gütergemeinschaft einzuführen? Werden die Menschen glücklicher sein, wenn der Besitz sie nicht mehr trennt und sie ihren Trieben freien Lauf lassen können, wie es ein weiteres Gesetz vorsieht? Aristophanes geisselt Missstände; aber er tut es im Bewusstsein, dass die menschlichen Dinge unvollkommen sind. Es herrscht in seiner Komödie ein Geist humoristischer Solidarität. Darum lebt sie auch heute, darum lässt sich an ihr die Gegenwärtigkeit des Theaters erfahren.

Mit Einschränkung jener Szenen im zweiten Teil, in denen die Heiterkeit der Inszenierung durch Übertreibungen gefährdet war, ist dieser Abend nicht nur ein Vergnügen von der Art, wie nur das Theater es verschaffen kann. Er löst das Erstarrte, er regt an, er wirft Licht auf politische und gesellschaftliche Fragen, die uns beschäftigen müssen, und er tut es so, dass unser Blick freier wird.

Wenn Rolf Hochhuth über die Tage der Premiere seiner «Hebamme» in Zürich weilte, hätte er nicht versäu-

men dürfen, die «Frauenvolksversammlung» zu besuchen. Vielleicht war er dort, und dann denke ich mir, dass er wohl nicht besonders erfreut war über die humorvolle Art, in der hier beispielsweise die leidige Eigensucht des Menschen dargestellt wurde. Wenn beschlossen ist, dass alles Privateigentum abzuliefern sei, buhlt der Schlaumeier Chremes um die Gunst aller Schlaumeier im Saal. Werden sie auch abliefern? Besser ist es doch, den Dingen ein wenig den Lauf zu lassen und die ersten Entwicklungen abzuwarten. Wer wird denn gleich abliefern wollen? Wird etwa der Regisseur dieses Abends abliefern, und mehr, als er es mit dieser Inszenierung tut? Selbstironie schafft hier Vertrauen, man nimmt die Kritik an, weil die, die sie aussprechen, sich selber nicht ausnehmen. Hochhuth, auch wenn er eine Komödie schreibt, tritt wie ein unerbittlicher Pastor auf und scheidet streng die Schafe von den Böcken. Es gibt in seinem Stück einen einzigen wirklich guten Menschen: die Schwester Sophie. Die Slum-Bewohner haben seine Sympathie; aber sie treten – zum mindesten in der von *Werner Kraut*, dem Regisseur, gekürzten Fassung – nicht anders denn als Randfiguren und Statisterie in Erscheinung. Monsignore Rosentreter, der am ehesten noch als Bundesgenosse der Hebamme und halbwegs als Komplize der Feldmarschallswitwe von Hossenbach, als die sie sich zeitweilig ausgibt, in Frage käme, ist fromme Einfalt, in Hans-Dieter Zeidlers Darstellung mit Bart und roten Backen. Der Rest ist üble Profitgier, Korruption, politisches Strebertum und Opportunismus. Keinem der Honoratioren, vom Bankdirektor über den Landgerichtsdirektor bis zum Obersten Senkblei, billigt Hochhuth menschlich positive Züge zu. Es sind Mannsscheiben aus Karton, einzig und allein zu dem Zweck aufgestellt, satirisch darauf zu schiessen. Dieser Komödie fehlt der Humor. Ihr Witz ist dünn, schmallippig, verbissen und oft etwas billig. Wäre wenigstens ein Schurke von Format darunter, eine Figur, deren pfiffige Bosheit aus mehr besteht als aus Papier und Tinte! Man sucht vergeblich danach. Hochhuth will oder kann offenbar nicht gestalten, er will oder kann nicht Menschen und gesellschaftliche Zustände schildern, er will für Menschlichkeit und Gerechtigkeit plädieren. Dass er sich für die Obdachlosen einsetzt, ist lobenswert, und wenn sein gut gemeintes Opus unsere Aufmerksamkeit vermehrt auf die Unterprivilegierten und Gescheiterten lenkt, so mag das ebenfalls verdienstvoll sein. Indem er eine Komödie ankündigte, weckte er Erwartungen, die er bei weitem nicht erfüllt. Ich kann mir nicht recht vorstellen, welchen Nutzen die Slum-Bewohner davon haben sollen.

War es nötig, «Die Hebamme» im Schauspielhaus Zürich herauszubringen? Es setzen sich in Krauts Inszenierung Heidemarie Hatheyer, Edgar Wiesemann, Werner Dahms, Gert Westphal, Rudolf Buczolich, Hans Richter, Hans Wyprächtiger, Wolfgang Stendar und viele andere mit einigem Erfolg für einen Komödientext ein, der bestenfalls gut gemeint ist. Man kann hier studieren, was Darstellungskunst vermag und was nicht. Das Publikum, das freundlichen Beifall spendete, hat vielleicht nicht so genau unterschieden, was ein Beweis dafür wäre, dass Schauspielkunst allerhand vermag.

Anton Krättli